



Liebe Freundinnen und Freunde,

spannende Zeiten, in denen wir derzeit leben. Das empfinde ich jedenfalls so. Erstaunt stelle ich fest, dass ich nun schon an mehreren Tagen jeweils viele Stunden am Fernsehapparat zugebracht habe, um die Schlichtungsgespräche um Stuttgart 21 zu verfolgen. Dabei lerne ich viel über Streckenführungen, Fahrplangestaltungen, Güterzüge, Bahnsteighöhen, über ökologische Gesichtspunkte von Stuttgart und der Schwäbischen Alb sowie viele andere Fakten. Vor allem aber bin ich beeindruckt von Heiner Geißler. Schon das ist erstaunlich, wie es dieser in die Jahre gekommene CDU-Politiker, inzwischen auch Mitglied des globalisierungskritischen Netzwerks Attac, schafft, die Stellungnahmen der Kontrahenten zu strukturieren. Wie er darauf drängt, dass Politiker und Experten so reden, dass es für die Menschen im Lande verständlich wird. Und wie er darauf pocht, dass alle Unterlagen und Fakten auf den Tisch kommen. So wird es möglich, sich eine eigene Meinung zu diesem Konflikt zu bilden.

Ein wenig muss ich mich über mich selber wundern, weil ich Heiner Geißler nun bewundere. Denn mir ist durchaus gut im Gedächtnis geblieben, wie er früher während seiner Tätigkeit als Generalsekretär der CDU (1977 – 1989) durch seine stark polarisierenden Äußerungen gegenüber politisch Andersdenkenden aufgefallen ist. Unvergesslich seine Skandalrede im Juni 1983, als er in einer Bundestagsdebatte im Zusammenhang mit der Begründung einer notwendigen „Nachrüstung“ durch die Stationierung von neuen Atomraketen der Friedensbewegung vorwarf, „*der Pazifismus der dreißiger Jahre, der sich in seiner gesinnungsethischen Begründung nur wenig von dem heutigen unterscheidet, ... hat Auschwitz erst möglich gemacht.*“

Heiner Geißler und Stuttgart 21

Wir waren empört damals über diese infame Argumentation Geißlers. Und nun ist aus diesem einstmaligen Polarisierer ein altersweiser 80-jähriger Moderator und Schlichter geworden, der in einer polarisierten Situation wie der Auseinandersetzung um Stuttgart 21 zu vermitteln sucht, was eigentlich nicht zu vermitteln

ist. Und der dafür plädiert, dass „die da oben“, die gewählten Volksvertreter und Wirtschafts-bosse, auf „die da unten“ hören, sie mit in Entscheidungsprozesse einbinden müssen.

Nicht vergessen werden darf allerdings, dass diese Schlichtungsgespräche überhaupt erst angesichts des unübersehbaren, kreativen, anschwellenden Protests zehntausender Bürgerinnen und Bürger möglich wurden. Der brutale Polizeieinsatz mit Wasserwerfern, Tränengas und Knüppeln am „schwarzen Donnerstag“ Ende September mit hunderten von verletzten Demonstranten hat eine riesengroße



Wer Protestpolitik als urdemokratische Form der Einmischung in die eigenen Angelegenheiten begreift, kann sich über die massenhaften Proteste gegen Stuttgart 21 oder den Castor-Transport nur freuen.

Bild: Karin Behr, PubliXviewinG

Welle der Empörung quer durch die Republik hervorgerufen. Es wurde deutlich, ohne Gewalt scheint sich das umstrittene Bahnprojekt nicht durchsetzen zu lassen. Der Druck auf Landesregierung und Bahn ist nun so groß geworden, dass sie den Schlichtungsgesprächen mit Friedenspflicht und faktischem Baustopp zustimmen mussten.

Aufstand gegen Entmündigung und Arroganz der Macht

Überhaupt ist es bemerkenswert, dass und wie der von der schwarz-gelben Bundesregierung angekündigte „Herbst der Entscheidungen“ massenhaft Menschen auf die Straße treibt.

Aus dem Inhalt

- Nachrichten
- Sorgen der Mitmenschen
- Erhalt von Militärstandorten?
- Krieg gegen Terror
- Steuer gegen Armut
- Hermann Scheer
- Konstantin Wecker zu S21



Die Endlagerfrage für den Atommüll ist weiter ungelöst, Gorleben kein geeigneter Standort. Und die Regierung trifft die lebensfeindliche Entscheidung, den Atomkraftwerken längere Laufzeiten zu genehmigen und den nach menschlichen Dimensionen ewig strahlenden Müllberg noch stärker anwachsen zu lassen als bisher schon geplant. Das erweist sich als ein schwerwiegender politischer Fehler. Nie zuvor haben sich so viele Menschen dem Castor-Transport in den Weg gestellt bzw. gesetzt, in dem sie zu Recht das Symbol einer falschen Energiepolitik sehen. Es ist kaum vorstellbar, dass die Bundesregierung ihre unverantwortliche Energiepolitik wirklich durchsetzen kann.

Offensichtlich ist das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des politischen Betriebs drastisch geschwunden. Ebenso der Glaube an dessen Gemeinwohlorientierung. Für die Demonstranten in Stuttgart, in Gorleben und anderswo geht es wohl um zwei Dinge gleichzeitig: Um „die Sache“ einerseits und andererseits darum, die politische Entmündigung, wie sie in unserem Staat vielfach geschieht, nicht auf sich beruhen zu lassen. Offensichtlich sind es nun Mehrheiten, die nicht mehr so „von oben“ regiert werden wollen. Sie sind es leid, am Wahltag ihre Stimme im wahrsten Sinne des Wortes „abzugeben“ und dann zu schweigen. Sie wollen mitreden, gehört werden und mitentscheiden. Dafür gehen sie auf die Straße und protestieren. Es zeigt sich eine zum Leben erwachte Leidenschaft für mehr Demokratie.

Viele Politiker fühlen sich durch diesen offenkundigen Vertrauensverlust und diese mutige Einmischung durch Bürgerinnen und Bürger sichtlich tief gekränkt. Daher greifen sie zu den ältesten und dümmsten Mitteln: Sie versuchen Bürgerinnen und Bürger einzuschüchtern, mit Diffamierungen und mit Gewalt vorzugehen. Doch dieser Versuch geht weder in Stuttgart noch in Gorleben auf! Die von Bürgerinnen und Bürgern empfundene Arroganz der Macht in Verbindung mit kurzfristigen Profitinteressen treibt sie weiter auf die Straße. Es wird offenkundig: Die parlamentarische Demokratie braucht neue demokratische Gestaltungsrechte, Formen und Verfahren.

„Bundeswehrpatenschaft“ und überholtes Demokratieverständnis

Eingemischt haben wir uns dieses Jahr auch in unserer Kleinstadt Gammertingen. Dabei geht es ebenfalls um eine Sache, nämlich eine „Bundeswehrpatenschaft“ der Stadt Gammertingen. Wir haben ausführlich darüber berichtet. Und wie in Stuttgart und in Gorleben geht es uns darüber hinaus darum, wie mit unserer Einmischung als Bürgerinnen und Bürger, wie mit unserem Protest umgegangen wird. Hier wie dort verweisen Politiker darauf, dass ihre Beschlüsse im Rahmen der gewählten parlamentarischen Verfahren korrekt zustande gekommen seien. So verweist unser Gammertinger Bürgermeister gerne darauf, die „Patenschaft“ sei vom „*Gemeinderat der Stadt Gammertingen als demokratisch gewählte Vertretung der gesamten Bürgerschaft*“ einstimmig beschlossen worden. Daran zweifelt wohl auch niemand. Doch dürfen wir als Bürgerinnen und Bürger deshalb keine Kritik mehr an einem sol-

chen Beschluss üben? Und kann Bürgermeister Jerg aus dieser Einstimmigkeit im Gemeinderat berechtigterweise ableiten, wir würden mit unserer Kritik im Zusammenhang mit der „Patenschaft“ *„willentlich alle anderen Bürgerinnen und Bürger der Stadt Gammertingen diffamieren“*?

Wir werden uns einem solch überholten Demokratieverständnis nicht beugen. Auch nicht dadurch, dass uns ein scharfer Wind entgegen bläst. Denn mit unserem Protest gegen die „Bundeswehrpatenschaft“ treffen wir auf keinen politischen Gegner, der uns als Andersdenkende achtet und sich auf einen mit Argumenten geführten Meinungsstreit einlassen würde. Vielmehr zeigt sich hier ebenfalls ein offensichtlich angesichts unserer Einmischung tief gekränkter Politiker. Der dann zu unfairen Mitteln greift, um uns einzuschüchtern, unsere Handlungsmöglichkeiten einzuschränken oder gar zu unterbinden.

Neuer Ärger wegen Standortschließungen?

Im Zuge der Bundeswehrreform – zugunsten einer verbesserten Fähigkeit zum Führen von Interventionskriegen – werden eine Reihe von Bundeswehrstandorten geschlossen. Auch solchen in unserer Region droht eine Schließung. Nun hat sich vor Kurzem der Kreistag des Landkreises Sigmaringen mit einstimmigem Beschluss über alle Parteigrenzen hinweg für den Erhalt seiner vier Bundeswehrstandorte ausgesprochen. Mich empört das, auch wenn ich es fast erwartet habe.

Zunächst hat mich die Frage bewegt, ob wir uns hier wieder einmischen sollen. Macht es Sinn, sich ausgerechnet mit der mächtigsten Institution im Staate, der Bundeswehr, und der sie unterstützenden Politik anzulegen? Was bringt das denn? Und welche Konsequenzen wird das nach sich ziehen? Anders als dies beim Protest gegen Stuttgart 21 oder gegen die Atomkraftpolitik der Fall ist, können wir hier auf keine massenhafte Unterstützung hoffen. Trotz dieser Minderheitenposition uns zu Wort melden, protestieren, Ärger auf uns ziehen?

„Der Krieg ist ein Verbrechen ...“

Dann ist mir ebenfalls wieder in den Sinn gekommen, dass ich als Mitglied der *Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK)* vor über 30 Jahren die Grundsatzerklärung der *War Resisters' International (WRI)* unterschrieben habe, zu der ich mich noch heute bekenne: **„Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.“** Ich habe mich also verpflichtet, mich gegen Rüstung und Militärpolitik zu wenden, weil damit die Vernichtung menschlichen Lebens vorbereitet oder ausgeführt wird. Ziel ist, dass militärische Gewalt und Soldatentum geächtet und aus den internationalen Beziehungen verbannt werden. Konflikte können dauerhaft nur gewaltfrei gelöst werden. Die Kriegsgefahr kann erst dann gebannt werden, wenn die Mittel der Kriegführung beseitigt werden. Deshalb trete ich für eine Bundesrepublik ohne Armee ein und will ohne Rüstung leben.

Deshalb ist zunächst ein Artikel zu dieser Problematik entstanden (siehe Artikel „Wird die Chance auf Umwandlung von Militärstandorten erneut verspielt?“). Ich hoffe, dass wir gemeinsam weiter den Mut und die Kraft haben werden, zu einer Politik nicht zu schweigen, die angeblichen Frieden mit Gewalt schaffen will. Und dass wir weiter Aktionen ins Leben rufen und uns an Kampagnen beteiligen, die aufklären und Druck ausüben. Immer wieder dann wenn wir auf Gewalt, Ungerechtigkeit, Lebensbedrohendes stoßen.

Bedanken möchte ich mich bei allen, die unser Engagement mit dem *Lebenshaus* unterstützen und begleiten. Ob finanziell, durch guten Zuspruch, durch direkte Beteiligung. Das macht Mut und tut gut! Herzlichen Dank!

Lebenshaus benötigt Unterstützung und Solidarität

Um alle unsere geplanten Aufgaben für Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie auch zukünftig umsetzen zu können, sind wir auf Ihre Unterstützung, Ihre Solidarität und Ihr Mittun angewiesen.

Außer auf Mitgliedsbeiträge sind wir bei unserer Arbeit weiter von **Spenden und möglichst zinslosen Darlehen** abhängig. Spenden an *Lebenshaus Schwäbische Alb* sind steuerlich abzugsfähig.

Der wegen dem vereinseigene Gebäude bestehende **Schuldenberg in einer Höhe von 220.000 € stellt eine beständige große Herausforderung dar**, bei deren Bewältigung wir auf mitmachende Menschen hoffen und setzen müssen. Rund ein Drittel dieser Schulden ist übrigens durch die sehr sinnvolle ökologische Gebäudesanierung im Jahr 2008 hinzugekommen. Aufgrund der bestehenden Verträge ist bekannt, dass noch dieses Jahr bzw. 2011 eine Gesamtsumme von rund 71.000 € Darlehen zur Rückzahlung ansteht. Dazu könnten noch Kündigungen von unbefristeten Darlehen kommen. Weil dafür die Rücklagen des Vereins nicht ausreichen, sind wir dringend auf weitere Unterstützung angewiesen. Es wäre außerordentlich nützlich, wenn wir dies zumindest teilweise so machen könnten, dass wir „alte“ durch neu gewährte Darlehen ablösen könnten.

Erinnern möchten wir daran, dass auch mit einem **Vermächtis** oder einer **Erbeinsetzung** eine gemeinnützige Organisation wie das *Lebenshaus Schwäbische Alb* unterstützt werden kann. In diesem Fall entfällt die Erbschaftsteuer und das Erbe kommt in vollem Umfang der Arbeit für Gerechtigkeit, Frieden und Erhalt der Umwelt zugute. Wer zum Thema Nachlässe Fragen hat, bitten wir ebenfalls um Kontaktaufnahme. ☘

Wir freuen uns über jegliche Unterstützung, jedes solidarische Zeichen, jedes Mittun! Herzlichen Dank!

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern einen gesegneten Advent, frohe Weihnachtstage, ein friedvolles neues Jahr und guten Lebensmut.

Mit herzlichen Grüßen ☘

Euer / Ihr



Michael Schmid

Glauben und Hoffen

Wir glauben an die verändernde Kraft der Liebe.

Wir hoffen, dass durch sie lebens- und menschenfeindliche Zustände überwunden werden.

Wir glauben, dass wir eine Verantwortung haben, die weit über das Wenige hinausgeht, wofür wir zuständig sind.

Wir hoffen, dass viele sich bereit finden, eine solche umfassende Verantwortung wahrzunehmen.

Wir glauben an einen Sinn des Handelns, auch wenn es sinnlos scheint.

Wir hoffen, dass die Resignation nicht übermächtig wird.

Wir glauben, dass es Chancen gibt, mit denen gegenwärtig noch niemand rechnet.

Wir hoffen, dass die heutige Gefährdung der Erde und des Lebens nicht in der Katastrophe endet.

Wir hoffen, dass unser Glauben und Hoffen uns und andere Menschen in Bewegung setzt. ☘

*Kirchliches Forschungsheim Wittenberg,
zit. nach: Die Wahrheit leben. Jahresbegleiter 2010)*

Nachrichten aus dem Lebenshaus



Mahnwache für die Opfer von Gewalt und „Euthanasie“

Im Rahmen der bundesweiten Ökumenischen Friedensdekade vom 7.-17. November 2010 mit dem Motto „ES IST KRIEG. Entrüstet euch!“ hat *Lebenshaus Schwäbische Alb* gemeinsam mit der diakonischen Einrichtung *Mariaberg e.V.* eine Mahnwache veranstaltet. Wie jedes Jahr seit 1991 gedachten wir dabei an der Gedenkstätte in Gammertingen-Mariaberg u.a. jenen 61 Menschen, die während der Herrschaft der Nazis aus Mariaberg abgeholt und in Grafeneck im Rahmen der NS-„Euthanasieaktion“ vergast und verbrannt wurden. Im Herbst 1939 war das Behindertenheim Schloss Grafeneck bei Münsingen auf der Schwäbischen Alb zu diesem Zweck beschlagnahmt worden. Die Mordaktion begann dort im Januar 1940. Mehr als 10.600 Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankungen wurden ermordet. Am 13. Dezember 1940 fand in Grafeneck die letzte Vergasung statt. 20 Menschen wurden an diesem Tag von der diakonischen Einrichtung Mariaberg bei Gammertingen nach Grafeneck deportiert. Die Mörder feierten noch Weihnachten in Grafeneck und wechselten anschließend nach Hadamar in Hessen, um ihr Vernichtungswerk weiter fortzuführen. Insgesamt wurden 1940/41 mehr als 70.000 Menschen mit Behinderung von den Nationalsozialisten in eigens eingerichteten Tötungsanstalten ermordet.

Jetzt, 70 Jahre nach der letzten Vergasungsaktion in Grafeneck, soll an die „Euthanasie“- erneut erinnert werden. In allen Herkunftsgemeinden der 20 „Euthanasie“-Opfer des 13.12.1940 sollen am Sonntag, dem 12.12.2010, „Erinnerungsveranstaltungen“ stattfinden. Darüber hinaus sollen im Voroder Nachfeld Begleitveranstaltungen zum Themenkomplex NS-„Euthanasie“ organisiert werden. Am Montag, dem 13. Dezember 2010 sollen zur Erinnerung an das Verbrechen und seine Opfer die Glocken aller Kirchen entlang der Verbindungslinien zwischen den Herkunftsorten und dem Ort Grafeneck auf der Schwäbischen Alb zeitgleich läuten und eine klingende Glockenspur der Erinnerung ertönen lassen. Mehr dazu im Internet unter: <http://spurensicherung.info>. ☞



Ein Jahr Aktionsbündnis Freier Heuberg

Mit einem Informationsstand vertreten war *Lebenshaus Schwäbische Alb* beim Politischen Künstlermarkt auf dem Landgut Untere Mühle in Straßberg im Zollernalbkreis. Dabei blickte das *Aktionsbündnis „Freier Heuberg“* auf sein einjähriges Bestehens zurück. Dieses Bündnis wendet sich gegen den Neubau eines Sprengplatzes. Und es protestiert dagegen, dass der Sprengplatzbetrieb ausgebaut werden soll für eine Vaterlandsverteidigung am Hindukusch.

„Ein Sprengplatz in einem Natur- und Wasserschutzgebiet neben dicht besiedelten Wohngebieten ist unsinnig und unnötig!“ So lautete die klare Antwort des Journalisten Andreas Zumach. Er hielt beim Politischen Künstlermarkt einen Vortrag über Rüstung und Arbeitsplätze. Seiner Meinung nach gibt es ausreichend geeignete Übungsplätze der Nato in Wüstengebieten im Ausland, wo solche Übungen stattfinden könnten. Zu der Frage, ob man das Militär braucht wegen der Arbeitsplätze, berichtete er von belegten Studien, dass militärische Arbeitsplätze die Volkswirtschaft um ein Drittel teurer zu stehen kommen als zivile Arbeitsplätze. Deshalb könnten mit dem Geld, das heute für militärische Zwecke ausgegeben wird, Millionen zivile Arbeitsplätze geschaffen werden, z.B. für den Klimaschutz, wenn nur der politische Wille da wäre. Das Argument, man brauche hier den Sprengplatz um

das Leben der Soldaten in Afghanistan nicht zu gefährden, ließ Zumach nicht gelten. Verantwortlich für die Gefährdung der Soldatenleben seien diejenigen, die solche Einsätze beschließen. Außerdem würden die Waffen der Taliban in Afghanistan nicht dort produziert, sondern von außen dorthin geliefert, über welche Kanäle auch immer, woran auch die deutsche Rüstungsindustrie massiv beteiligt gewesen sei in den letzten 20 Jahren.

In einem weiteren Vortrag berichtete Markus Kienle, Autor des Buches „Zur Geschichte des Konzentrationslagers Heuberg“, dass die Frage der Arbeitsplätze in jeder Phase der Geschichte des Truppenübungsplatzes eine Rolle spielte. Es gab aber auch Zeiten einer nicht militärischen Nutzung. Über 12 Jahre war der Truppenübungsplatz Heuberg in den 1920er Jahren ein Kindererholungsheim. Dieses wurde aufgelöst, als 1933 das KZ Betrieb genommen wurde. Das KZ auf dem Heuberg war das erste KZ in Deutschland überhaupt. Die Ausschaltung und Inhaftierung vor allem der politischen Gegner und ihre Demütigung waren das Ziel, was auch die gesamte Bevölkerung einschüchtern sollte. Die meisten der Inhaftierten kamen nach einigen Monaten zwar wieder frei, viele jedoch ins Nachfolge-KZ Kuhberg bei Ulm. ☞

„Laufzeitverlängerung für alle, außer Atomkraftwerke!“

So lautet die Empfehlung des Laufexperten Herbert Steffny. Mit Laufen seine eigene Laufzeit, sprich Lebenszeit, zu verlängern, macht das nicht Sinn? Wir haben in unserem Rundbrief schon öfter auf positive Wirkungen durch Laufen hingewiesen. **Regelmäßiges Ausdauertraining hat einen ganzheitlichen Einfluss auf Körper und Seele.** Durch regelmäßigen langsamen Dauerlauf wird zum Beispiel erhöhter Blutdruck ebenso positiv beeinflusst wie niedriger Blutdruck; der Gefahr von Fettstoffwechselstörungen wird vorgebeugt; die Immunabwehr wird gestärkt, Herzinfarkt- und Schlaganfallrisiko sinken; das Risiko von Demenzerkrankungen (z.B. Alzheimer) nimmt ab. Durch regelmäßiges langsames Laufen können unter anderem körperlich-psychischen Störungen und Beschwerden deutlich erleichtert oder ganz gebessert werden, zum Beispiel Nervosität und Unruhe, Kopfschmerzen und Migräne, körperliche Erschöpfungszustände wie Müdigkeit und Schlappeheit, Schlafstörungen, Ess- und Gewichtsprobleme, häufige Unzufriedenheit und schlechte Laune, leichtere Depressionen, Angstzustände und Panikattacken, Stress und Burnout.

Natürlich erfordert das kältere Klima jetzt in den Wintermonaten einige Überwindung, um sich auf regelmäßiges Laufen

einzulassen. Wer sich aber überwindet, wird vielfach belohnt!

Eine Motivationshilfe könnte die Teilnahme am km-Spiel im Internet sein. Seit Januar 2010 gibt es die Gruppe „Lebenshaus“ beim km-Spiel. Bei diesem Spiel tragen echte Menschen ihre in der Wirklichkeit gelaufenen Kilometer ein, um ihre Gruppe auf einer Weltkarte virtuell nach vorne zu bringen. Die Gruppe „Lebenshaus“ ist gedacht für alle Menschen, denen Gerechtigkeit, Frieden und eine intakte Umwelt wichtig sind und die laufen. Anfang Januar startet die neue Saison. Unsere kleine Gruppe freut sich über weitere Läuferinnen und Läufer, die mitspielen, d.h. die einigermaßen regelmäßig ein paar Kilometer laufen und bereit sind, diese wochenweise bei kmspiel.de einzutragen. Der Zeitaufwand für das Eintragen ist äußerst gering!

Um mitzumachen, muss niemand lange davor trainieren. Jede Person, die ein paar Kilometer läuft und diese bei der *Lebenshaus*-Gruppe einträgt, ist uns wichtig. Deshalb herzliche Einladung! ☘

Mehr zum km-Spiel findest Du unter: <http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/006428.html>.

Aktuell zahlreiche neue Unterschriften zu „Ökumenischer Erklärung gegen Wirtschaftskriege“

Seit Jahren schon ist *Lebenshaus Schwäbische Alb* an einer Initiative gegen Kriege maßgeblich beteiligt. Wir sammeln Unterschriften unter eine „Ökumenische Erklärung gegen Wirtschaftskriege“. In den vergangenen Wochen haben nun zahlreiche Menschen diese Erklärung auf unserer Internetseite unterzeichnet. Aktueller Anlass dafür ist das deutliche Bekenntnis des Freiherrn zu Guttenberg, Minister für das Militärressort, dass die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands auch militärisch abgesichert werden müssen. Der Zusammenhang von regionaler Sicherheit und deutschen Wirtschaftsinteressen müsse offen und ohne Verklemmung angesprochen werden, forderte der CSU-Minister am 9. November bei der Berliner Sicherheitskonferenz. *„Der Bedarf der aufstrebenden Mächte an Rohstoffen steigt ständig und tritt damit mit unseren Bedürfnissen in Konkurrenz“*, sagte Guttenberg. Diese könne zu neuen Krisen führen. Die Verknappung der Rohstoffe beeinflusse das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands. *„Da stellen sich Fragen auch für unsere Sicherheit, die für uns von strategischer Bedeutung sind.“*

Das alles ist nicht ganz neu. Nur aussprechen durfte man das bisher nicht so deutlich. Als Horst Köhler im Mai dieses Jahres als Staatsoberhaupt offenherzig ausplauderte, dass im Hintergrund westlicher Militäraktivitäten selbstverständlich eine Doktrin der ökonomischen Interessensicherung steht, war die Aufregung so groß, dass er überraschend abdankte.

Dabei haben wir diese Zusammenhänge in der 2006 verfassten „Ökumenischen Erklärung gegen Wirtschaftskriege“ längst thematisiert. In dieser wird betont, dass in der reichen Welt immer offener Wirtschaftsinteressen als Zielvorgaben in militärischen Planungen geltend gemacht werden. Verschiedene Militärdoktrinen nennen in diesem Zusammenhang unter anderem „freie Weltmärkte“, freie Handels- und Seewege, den Zugang zu Rohstoffen, eine gesicherte Versorgung mit Energie-Ressourcen, die Wahrung des nationalen Wohlstands und eine Abwehr von Immigration aus armen Erdregionen.

Gegen diese Rehabilitierung von Rohstoff- und Energiekriegen will die „Ökumenische Erklärung gegen Wirtschaftskriege“ ein Bekenntniszeichen im Bereich der Kirchen setzen. Inzwischen sind nahezu 1.200 Unterschriften eingegangen. Ob die Leitungen der Staatskirchen sich hierzulande genötigt sehen, im Gefolge dieser Erklärung von Basischristen endlich zur neuen Wirtschaftskriegsdoktrin laut Stellung zu beziehen?

Die Unterschriftensammlung geht weiter. Die „Ökumenische Erklärung“ kann auf der *Lebenshaus*-Website unter dem Titel *„Treue zum Evangelium und Bekenntnis zum Gott des Friedens“* direkt online unterzeichnet werden (<http://www.lebenshaus-alb.de/magazin/aktionen/004080.html>).

Berührt von den Sorgen der Mitmenschen

Von *Katrin Warnatzsch, Sozialer Friedensdienst im Lebenshaus*



Eine junge Frau, inzwischen Mutter eines kleinen Sohnes, war als 11-jähriges **Flüchtlingskind** - Angehörige der verfolgten Ashkali-Minderheit aus Kosovo - 1999 mit ihrer großen Familie nach Gammertingen gekommen. Wir lernten sie kennen als das jüngste Kind von damals bereits schwer kranken und traumatisierten Eltern, für deren Pflege und tägliche Versorgung das Kind herangezogen wurde. Das hatte damals z.B. die Auswirkung, dass es auch nach zwei Versuchen nicht klappte, dass das Mädchen in der Schule Fuß fasste. Als einzige der damals in der Unterkunft wohnenden

Kinder hatte sie dies nicht geschafft, weil die ständige Inanspruchnahme durch die Eltern sie vollkommen im Griff hatte. Alle Versuche, dies zu ändern, scheiterten. Sie wurde in ihrem jugendlichen Alter bereits mit der Betreuung der Eltern und kleineren Kinder der Großfamilie belastet, was ihr einerseits zu vielen sozialen Kompetenzen verhalf.

Andererseits gingen die zuständigen Behörden selbstverständlich davon aus, dass die Pflege der Eltern intern am besten geregelt sei. Das Mädchen lernte deutsch sprechen, einigermaßen lesen, schreiben und vor allem rechnen in unzähligen Stunden bei uns, aber auch später in einem Deutschkurs für Ausländer im Nachbarort, den das *Lebenshaus* für sie finanzierte. Überall kann sie heute in gut verständlichem Deutsch ihre Anliegen vortragen. Sie kann auch verantwortlich mit Geld umgehen. Jedoch scheiterte sie nun schon zum wiederholten Mal an den Hürden der Sprachtests, offensichtlich, weil sie die Bedeutung der Begriffe nicht ausreichend kennt. So kann sie keinen Brief oder einen kleinen Aufsatz schreiben.

Der Vater ist inzwischen verstorben und ihr eigener Aufenthalt noch immer an das Leben und die Mitversorgung der Mutter gebunden. Vor kurzem hat sie sich wieder bei uns gemeldet, weil sie verzweifelt ist und die alte Angst wieder in sich spürt, dass der Zeitpunkt einer Abschiebung immer näher rücken könnte. Der Vater ihres Sohnes ist bereits direkt von Abschiebung bedroht und befürchtet diese bis Ende des Jahres. Wie vor Jahren schon ist das Leben abhängig von scheinbar zufälligen Entscheidungen der Innenministerkonferenz, ob sie in Deutschland langjährig geduldete Roma und andere Minderheiten aus Kosovo endlich ein dauerhaftes Bleiberecht gewähren will. Die neuesten Beschlüsse lassen vor allem vermuten, dass in Deutschland nach Nützlichkeitskriterien aussortiert wird, wer hier bleiben darf.

Bleiberecht für Roma, Ashkali und andere Minderheiten aus Kosovo

Die Lebensbedingungen für Angehörige der Roma, Ashkali und Ägypter in Kosovo sind weiterhin menschenunwürdig, besonders, wenn es dort keine Angehörigen oder Grundbesitz mehr gibt. Wie beispielsweise in einer Sonderbeilage von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. in der taz vom 6. November 2010 nachzulesen war, werden die Rechte der Minderheiten durch die Regierung des Kosovo bisher nicht in die Tat umgesetzt und oft selbst der Zugang zur Schulbildung verweigert. Abgeschobene Familien hausen in bleiverseuchten Slums am Rande von Müllkippen. Es gibt keinen Zugang zum Sozialsystem oder zum Arbeitsmarkt, geschweige denn eine erschwingliche Gesundheitsversorgung.

Das Leben hier in Deutschland erscheint dagegen fast paradiesisch, obwohl wir alle wissen, dass die Diskriminierung von Roma und anderen Flüchtlingen auch hier ein großes Problem ist. Das Erbe der Verfolgung von Roma im Zweiten Weltkrieg durch Deutsche sollte für uns Verpflichtung bedeuten, dieser Bevölkerungsgruppe gegenüber besonders hilfsbereit und großzügig zu sein und ihnen ein Bleiberecht bei uns – und in Europa, zu sichern.

Ich habe Fotos ausgegraben, die wir damals in den Jahren 2000 und 2001 von dem Mädchen und anderen Flüchtlingskindern machten. Wir hatten neben vielem anderen in mehreren Jahren mit den Familien der damals in Gammertingen in einer „Gemeinschaftsunterkunft“ untergebrachten Asylsuchenden Sommerferienspiele gestaltet, die allen Beteiligten große Freude machten.

Inzwischen sind alle Kinder erwachsen, die Alten leben teilweise nicht mehr, das Heim wurde vor Jahren aufgelöst und in Sigmaringen zusammengefasst. Viele der Flüchtlinge sind inzwischen mit einigermaßen sicherem Aufenthaltsstatus in eigenen Wohnungen irgendwo im Landkreis oder weiter weg heimisch geworden. Auch alle Geschwister der jungen Frau haben dies erreicht. Einige wenige Menschen sind auch abgeschoben worden. In Integrationskursen und durch Erwerbsarbeit haben einige sich die Voraussetzungen für einen besseren Aufenthalt erarbeitet.



Es bleiben trotzdem auch hier die Ärmsten der Armen: Kinder, Frauen, Männer, Alte, die sich wegen ihrer psychischen und physischen Befindlichkeit nicht mit den von unserem Land geforderten Verhaltensweisen, wie z.B. regelmäßigen Besuch von Kursen, einordnen können. Sie sind Opfer der Verhältnisse in ihren Herkunftsländern und auch bei uns, haben durch Gewalt und Vernachlässigung zum Teil schwere Traumatisierungen, die nicht entsprechend behandelt werden. Sie benötigen einen generellen Abschiebeschutz und ein gesichertes Bleiberecht, damit sie hier in Sicherheit leben können. Es ist nicht ausreichend, wenn es im neuesten Beschluss der Innenminister heißt, dass Kinder und Jugendliche mit guten Noten hier bleiben dürfen! Da drängt sich mir der Verdacht auf, dass man in Deutschland nur diejenigen haben will, deren Anpassungsfähigkeit und Leistungswille in zu berechnender Weise genehm ist. Dies hat nichts mit dem Grundrecht auf Asyl zu tun und auch nichts mit der Würde des Menschen!

Für junge Familien wie die hier beschriebene besorgen wir gegebenenfalls auch notwendigen Bedarf. Wer sich hier beteiligen möchte, sollte mit mir Kontakt aufnehmen.

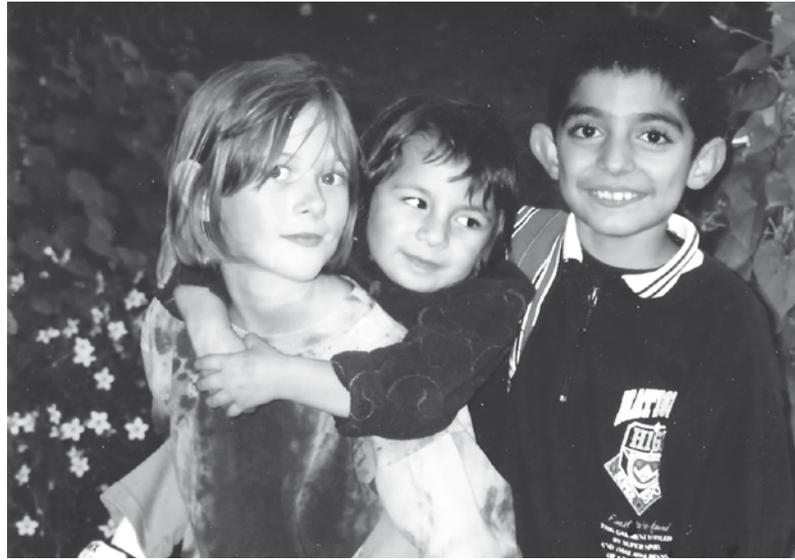
Mit eigenem Staubsauger zum schlecht bezahlten Putz-Job

Stellen Sie sich vor, von Ihnen wird verlangt, dass **Sie Ihren eigenen Staubsauger zu Ihrem schlecht bezahlten Putz-Job mitbringen sollen!** Wenn Sie den Forderungen der Vorarbeiterin nachkommen würden, bestünde Ihr Stundenlohn aus etwas mehr als 2 Euro! So ergeht es einer Frau, die mit mehreren Jobs ähnlicher Art versucht, sich und ihre Familie langsam aus der Armut herauszuholen. Ein scheinbar uferloses Bemühen. Da ist es wichtig, das Selbstbewusstsein zu stärken, damit man sich nicht alles gefallen lässt und dabei nicht auch noch gesundheitlich vor die Hunde geht. Das versuchen wir mit Gesprächen, mit Kostenübernahme von notwendigen Anschaffungen wie Winterstiefel, Zuschüssen zur Tagesbetreuung der Kinder, Fahrtkostenübernahme, Kostenübernahme der Zuzahlungen von Medikamenten usw.

Der Bruder in Kosovo hat wirklich eine lebensbedrohende Krankheit. Um eine Untersuchung, die Klarheit bringen sollte, zu finanzieren, haben wir eine Flüchtlings-Frau mit einem Darlehen unterstützt. Nun ist es klar, welche Art von Pflege benötigt wird und worauf sich die Betroffenen einstellen müssen. Dahinter stehen traurige und hilflose Angehörige, in verschiedenen Ländern weit auseinander lebend, die sich nur telefonisch Beistand geben können.

Gleichzeitig wurde es unumgänglich, dass die Frau nach 5 Jahren neue Winterstiefel kaufen konnte. Ihr Anruf nach dem erfolgten Kauf, den das *Lebenshaus* finanzierte: „Gott Dir sagen danke, vielen, vielen Danke!“

Montagsmorgens steht plötzlich eine junge Frau mit verweinten Augen an der Haustür. Sie erzählt von ihrem schwer abhängigen Ehemann, der sie nur noch demütigt und verletzt. **Sie möchte einen Platz finden, wo sie sich und die Tochter in Sicherheit bringen kann.** Und wo sie sich erholen und neu orientieren kann. Ob sie das Angebot im *Lebenshaus* in



Anspruch nimmt? Der erste Schritt, heraus aus Abhängigkeit und Angst, ist immer der Schwerste. Wir werden sehen.

In der Nacht geschieht das Wesentliche

Ich muss mich zurückziehen, die dunkle Jahreszeit setzt mir wieder zu, es tut mir leid, ich kann Euch keine Stütze sein... Oder: ich kann nicht mehr schlafen, obwohl ich doch so müde bin. So kann es sich anhören, wenn jemand mit den eigenen Gefühlen nicht mehr zurecht kommt, in eine Depression versinkt. Ob wir es früh genug bemerken und hilfreich sein können? Um uns herum geschieht es, bei Angehörigen, Freunden, Bekannten. Plötzlich sieht man jemanden nicht mehr, der doch zum gewohnten Bild gehörte. Jemand hält regelmäßige Termine nicht mehr ein, hat viele plausible Entschuldigungen, wir bemerken es kaum. Wie gut ist es, wenn man als von Depression Betroffener schon gelernt hat, rechtzeitig Bescheid zu sagen, warum man nun für eine Weile abtaucht. Zurück bleiben oft ratlose Freunde, die ihr Leben weiterleben müssen und wollen. Mir erscheint es wichtig, dass depressive Menschen in der Gemeinschaft bleiben und auch nicht nur mit Samthandschuhen angefasst werden. Sie brauchen eine Rückmeldung aus dem realen Leben. Sonst können sie ihren inneren Zustand nicht einschätzen. Sie brauchen unser Aufmerksamsein, das Mitgehen, den entschlossenen Termin beim Arzt, das Begleiten zu Spaziergängen, die Ermutigung zum täglichen Rhythmus, das „Wegziehen der Bettdecke“. Vielleicht sind Gefühle sind kaum mehr zu empfinden, doch wenn auch die Reize dafür ausbleiben, könnte alles noch schlimmer werden.

In der Nacht geschieht das Wesentliche, so hat es unsere Pfarrerinnen im Gemeindebrief beschrieben. Im Verborgenen, Stillen, Alleinsein, im Schlaf und Wachen: da kann das große Unbewusste, das Allverbindende, unsere Schmerzen, unser Stückwerk heilen. Auch in diesem Winter.

Allen Freundinnen und Freunden wünsche ich die Nähe liebevoller Menschen und den Mut, sich an andere zu wenden, um sich verbunden und gebraucht zu fühlen. Für jede Art der Unterstützung und des Begleitens bedanke ich mich, auch im Namen derer, denen Hilfe zuteil werden konnte. ☺

Wird die Chance auf Umwandlung von Militärstandorten erneut verspielt?

Von Michael Schmid

Die Bundeswehr soll reformiert, ihre Truppen sollen erheblich verkleinert werden. In der Folge dieser sogenannten Reform werden auch eine Reihe bisheriger Bundeswehrstandorte geschlossen werden. Deshalb hat in den potentiell betroffenen Regionen längst ein Wettkampf um den Erhalt der „eigenen“ Standorte eingesetzt. So mühen sich dann Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker aus den jeweiligen Land- und Wahlkreisen, um deutlich zu machen, dass überall sonst Bundeswehrstandorte geschlossen werden können, nur nicht die im eigenen Wirkungskreis. Etwas salopp gesagt erinnert das ein wenig an Süchtige, die ohne ihre Droge nicht auskommen.

Statt die Chance auf eine Entmilitarisierung und zivile Entwicklung wahrzunehmen, wird voll aufs Militär gesetzt. Statt zu einer Politik des Gewaltverzichts und der zivilen Konfliktbearbeitung beitragen zu wollen wird eine Politik unterstützt, die gemäß ihrer Maxime verfährt: Frieden schaffen mit aller Gewalt.

Wie das dann aussieht, zeigt zum Beispiel unsere Region Sigmaringen. Da hat dieser Tage der Kreistag des Landkreises Sigmaringen über alle Parteigrenzen hinweg einstimmig eine Resolution verabschiedet, in welcher er sich nachdrücklich für den Erhalt der vier innerhalb seiner Kreisgrenzen liegenden Bundeswehrstandorte ausspricht.

Resolution des Kreistags Sigmaringen für Erhalt von Standorten

Eine Hauptrolle spielt dabei offensichtlich die Bundeswehr als Wirtschaftsfaktor. *„Die Bundeswehr ist mit ca. 5.000 zivilen und militärischen Mitarbeitern der größte Arbeitgeber im Landkreis und damit ein unverzichtbarer Wirtschaftsfaktor bei uns im ländlichen Raum“*, heißt es in der Resolution. Und um diese tatsächlichen oder vermeintlichen wirtschaftlichen Vorteile im Kreis Sigmaringen zu erhalten, werden dann weitere Gründe angeführt.

So etwa: *„Die Bundeswehr ist im Landkreis Sigmaringen seit über 50 Jahren tief in der Bevölkerung verwurzelt. Der Landkreis ist Soldatenheimat und die Menschen stehen hinter der Bundeswehr und ihrem Auftrag – gerade auch in Zeiten von Auslandseinsätzen, die anderswo kritisch gesehen werden.“*

Auch die Nachwuchsgewinnung für die Bundeswehr wird ins Feld geführt. Angesichts der Aussetzung der Wehrpflicht sei eine starke Verbundenheit von Bevölkerung und Bundeswehr enorm wichtig: *„Die Bundeswehr wird für die Nachwuchsgewinnung noch mehr als bisher auf den starken Rückhalt und ein hohes Ansehen in der Bevölkerung angewiesen sein. Das ist bei uns in der Region Oberschwaben und insbesondere im Landkreis Sigmaringen gegeben.“*

Und es wird betont: *„Das enge Verhältnis zwischen Politik und Bundeswehr kommt in den lebendigen Patenschaften zum Ausdruck“*.

Einige Anmerkungen dazu.

Reform der Bundeswehr zur weltweit agierenden Interventionsarmee

Zunächst fällt auf, dass sich der Sigmaringer Kreistag für den Erhalt der Bundeswehrstandorte einsetzt, ohne den Zusammenhang zu berücksichtigen, warum die Bundeswehr reformiert und verkleinert wird. Nun ist es ja nicht Aufgabe der Bundeswehr, die Menschen auf dem Land wirtschaftlich zu versorgen. Früher wurde als Aufgabe der Bundeswehr die Landesverteidigung unseres Landes ausgegeben. Doch das hat sich in den vergangenen 20 Jahren ja gewandelt. Und hinter der geplanten Bundeswehrreform steht der weitere



Umbau der Truppe zu einer jederzeit und an jedem Ort dieser Erde einsetzbaren Armee. Sie soll gemeinsam mit der NATO die Interessen der westlich-kapitalistischen Staaten absichern und durchsetzen. Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) hat vor Kurzem noch einmal unter Bezug auf das

Weißbuch der Bundeswehr von 2006 betont, dass Ziele wie die Sicherung von Energie und Rohstoffen zu den strategischen Interessen des Bündnisses gehörten. Wir werden folglich immer tiefer hinein *„in die neue Weltkriegsordnung geführt, die zugunsten der reichen Länder das Ungleichgewicht auf dem Globus aufrechterhalten soll.“* (Peter Bürger)

Es ist also falsch, sich nur für den Erhalt von bestehenden Standorten einzusetzen, ohne zu fragen, warum denn Standorte geschlossen werden. Standorte werden geschlossen, weil sie für eine weltweit agierende Interventionsarmee nicht erforderlich sind.

Zustimmung zu Auslandseinsätzen

Nun wird in der Resolution des Sigmaringer Kreistags zudem betont, dass die Menschen in unserem Landkreis gerade auch *„in Zeiten von Auslandseinsätzen“* hinter der Bundeswehr und ihrem Auftrag stünden – im Gegensatz zu andern Orten, wo diese Einsätze kritisch gesehen würden. Meint der Kreistag wirklich, dass die Menschen in unserer Region hinter einer Bundeswehr stehen, die zu einer global einsatzfähigen, offensiven Kampftruppe umgebaut wird? Und dass sie weltweite Angriffskriege unterstützt?

In diesen Zusammenhang gehört, dass ein realistisches Bild von solchen befürworteten „Auslandseinsätzen“ gezeichnet wird. Dazu gehört, dass inzwischen 45 Bundeswehrsoldaten im Afghanistan-Krieg ihr Leben verloren haben – zumeist sind sie jämmerlich krepirt. Doch Soldaten sind immer beides zugleich: Opfer und Täter. Das macht einen entscheidenden

Unterschied zu den am Kriege unbeteiligten Menschen aus. Bundeswehrsoldaten sind eben auch daran beteiligt, dass am Hindukusch Unbeteiligte zu Hunderten im Bomben-, Raketen- und Artilleriegranatenhagel der Besatzungstruppen umkommen. Unterschiedslos - Männer, Frauen, Kinder. Und ihre Zahl übersteigt die der getöteten Soldaten um ein Mehrfaches. Mindestens 2.412 zivile Kriegesopfer zählte die „United Nations Assistance Mission in Afghanistan“ (UNAMA) letztes Jahr auf dem afghanischen Kriegsschauplatz. Tausende an Körper und Seele Verletzter und Verstümmelter leiden noch heute an den Folgen des Luftterrors.

Wer also so argumentiert wie der Kreistag des Landkreises Sigmaringen und „Auslandseinsätze“ ausdrücklich befürwortet, sollte sich um ein möglichst realistisches Bild von solchen Kriegseinsätzen bemühen. Und jedenfalls sollte er sich tunlichst nicht darüber empören, wenn ihm von Kritikern vorgehalten wird, er würde Kriege wie zum Beispiel den in Afghanistan mit all seinen brutalen Folgen unterstützen.

Enges Verhältnis von Politik und Bundeswehr: „Patenschaften“

Nun brauchen diese „Auslandseinsätze“ Soldaten, die zum Töten bereit sind und auch zum Sterben. Deshalb muss, wie Kurt Tucholsky einst trefflich feststellte, *„diese Tätigkeit des Mordens vorher durch beharrliche Bearbeitung der Massen als etwas Sittliches hingestellt werden“*. Erst dann nämlich sind die uniformierten Handwerker des Krieges, wie wiederum Tucholsky schreibt, *„bereit, ihr Leben und ihre Person für einen solchen Quark, wie es die nationalistischen Interessen eines Staates sind, aufs Spiel zu setzen“*.

Der Kreistag des Landkreises Sigmaringen preist seine angeblich sehr günstigen Bedingungen für diese Nachwuchsgewinnung der Bundeswehr an. Und auch sonst sieht er günstige Bedingungen für die Unterstützung einer Gewaltpolitik mit der Bundeswehr.

In unserer stark von der CDU dominierten Region ist das zu spüren, was diese Partei gerade auf ihrem Bundesparteitag in einem Beschluss mit dem Titel „Zukunft der Bundeswehr“ unterstrichen hat. CDU und CSU seien die Parteien der Bundeswehr, die Union verstehe sich als Anwalt der Soldatinnen und Soldaten, wird dabei betont. Verstärkt sollen nun Mittel wie *„Jugendoffiziere, Patenschaften und beispielsweise öffentliche Vereidigungen und öffentliche Rückkehrappelle“* genutzt werden, um die Aufgaben und die Arbeit der „Bundeswehr im Einsatz“ in der Öffentlichkeit zu „erläutern“, heißt es in diesem Beschluss der CDU. Und unser Gammertinger Bürgermeister Holger Jerg liegt mit seiner Bundeswehrunterstützung ganz auf der Linie seiner Partei. Wir dürfen gespannt sein, wie die eingegangene „Bundeswehrpatenschaft“ und wie öffentliche Appelle weiter genutzt werden, um der Bevölkerung die Notwendigkeit der Bundeswehreinsätze zu vermitteln.

Darüber hinaus bestätigt sich unsere Vermutung, dass mit der „Patenschaft“ ein Beitrag gegen drohende Standortschließungen im Landkreis Sigmaringen geleistet werden soll.

Landkreis und Stadt Sigmaringen haben bereits vor Jahren solche „Bundeswehrpatenschaften“ übernommen. Zudem sind im zurückliegenden Jahr Gammertingen und drei weitere Gemeinden des Landkreises solche Bündnisse eingegangen. In der Kreistagsresolution für den Erhalt der Standorte werden diese „Patenschaften“ nun als Ausdruck für das *„enge Verhältnis zwischen Politik und Bundeswehr“* ins Feld geführt. Wohl wahr, dieses offensichtlich enge Verhältnis lässt sich nicht bestreiten!

Bundeswehr als Wirtschaftsfaktor

Natürlich kann es nicht darum gehen, die von Standortschließungen betroffenen Menschen im Regen stehen zu lassen. Gibt es also keine Alternativen, als sich für den Erhalt der Standorte einzusetzen? Doch die gibt es. Das macht zum Beispiel das Bundesland Rheinland-Pfalz deutlich, wo die Konversion, also die Umwandlung von Standorten zur regelrechten Erfolgsgeschichte wurde.

Vor 20 Jahren verkündete der damalige US-Verteidigungsminister Cheney die Schließung des US-Flugplatzes Zweibrücken. Dies war der Auftakt zum massiven Abbau der mehr als vier Jahrzehnte umfassenden starken Militärpräsenz aus NATO-Staaten in Rheinland-Pfalz. Ihr folgten weitere Standortschließungen und Truppenreduzierungen im Zuge der letzten Strukturreform der Bundeswehr. Dabei wurden mehr als 26.000 zivile Arbeitsplätze in Rheinland-Pfalz abgebaut.

Konversion wurde als Chance verstanden. Durch sinnvolle Konzepte wurde den von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen eine neue Perspektive geboten und die Regionen durch die Schaffung einer innovativen und wirtschaftsnahen Infrastruktur unterstützt.

Heute kann festgestellt werden, dass die Ziele nicht nur erreicht, sondern sogar übertroffen worden sind. Mehr als 50.000, teilweise deutlich besser qualifizierte Arbeitsplätze sind bis heute geschaffen worden. Aus verschiedenen Förderprogrammen sind von 1992 bis 2009 insgesamt zwei Milliarden Euro in die Konversionsgebiete geflossen. Frühere militärische Wohnsiedlungen sind zu familienfreundlichem Wohnraum umgewandelt worden, Forschung und Lehre haben neue Standorte erhalten. Die Konversion hat das Gesicht von Rheinland-Pfalz in mehrfacher Hinsicht verändert.

Standortkonversion ist also machbar. Natürlich stellt eine hohe Zahl von wegbrechenden Arbeitsplätzen gerade in strukturschwachen Regionen ein großes Problem dar. Dieses Problem darf nicht kleingeredet werden. Doch je früher die Weichen für einen Wandel gestellt werden, umso größer die Chancen, dass dieser gelingen kann.

Fazit

Die Frage von Standortschließungen steht spätestens seit 1990 immer wieder auf der Tagesordnung. Deshalb hätten Politiker längst ihre Hausaufgaben machen und sich für eine Umwandlung von Standorten in zukunftsfähige zivile Wirtschaftszweige und Arbeitsplätze einsetzen müssen. Auch wenn es sich aufgrund der gesamtpolitischen Entscheidungen für eine

schlagkräftigere Bundeswehr nicht um Abrüstung handelt, so ist es mit Blick auf Gewaltverzicht und zivile Konfliktbearbeitung ein Jammerspiel, wie in unserer Region die Chance auf Standortkonversion erneut droht, verspielt zu werden. Es sei denn, dass der Bundesverteidigungsminister auch Standorte im Kreis Sigmaringen auf seine Streichliste nimmt. Dann

wird das Erwachen groß sein aber nichts anderes übrig bleiben, als sich notgedrungen diesem Problem zu stellen. Bis dahin gilt für die verantwortlichen Politiker offensichtlich der Stoßseufzer: „*Oh heiliger St. Florian, verschon mein Haus, zünd andere an.*“ ☹

Mit Krieg kann Terror nicht eingedämmt werden



Gammertingen: „Es ist Krieg. Entrüstet euch!“ lautete der Titel einer Vortragsveranstaltung mit dem Genfer Journalisten Andreas Zumach im evangelischen Gemeindehaus in Gammertingen. 35 Zuhörer folgten zwei Stunden lang den kenntnisreichen Ausführungen des Referenten, bei denen es hauptsächlich um die Hintergründe des

Krieges in Afghanistan ging, aber auch um die Rolle der Bundeswehr im eigenen Land. Eingeladen hatte der Verein *Lebenshaus Schwäbische Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie*.

„Es ist Krieg. Entrüstet euch!“, so laute das Motto der Ökumenischen Friedensdekade, die jetzt im November wieder mit hunderten Veranstaltungen in ganz Deutschland stattfindet, erklärte Michael Schmid vom *Lebenshaus* in seinen einleitenden Worten. Bereits 1980 hätten die ersten landesweiten Friedenswochen stattgefunden – und zwar sowohl in der DDR wie auch in der alten Bundesrepublik. Die Ökumenische Friedensdekade begehe derzeit also ihr 30. Jubiläumsjahr.

Andreas Zumach betonte zu Beginn seines Vortrags, dass wohl die große Mehrheit der Bundestagsabgeordneten im Jahr 2001 ernsthaft geglaubt habe, es sei möglich, in Afghanistan den Terror zu bekämpfen, demokratische Strukturen und eine Zentralregierung einzuführen und zumindest zunächst im Norden des Landes einen Wiederaufbau voranzubringen. Damals seien auch viele Hilfsorganisationen nach Afghanistan gegangen. „Doch selbst gemessen an diesen offiziell ausgegebenen Zielen ist der Afghanistan-Einsatz restlos gescheitert, ja musste aus absehbaren Gründen scheitern“, so der Referent.

Sicherheit und Stabilität könnten nicht geschaffen werden, hob Zumach hervor, wenn gleichzeitig Krieg geführt werde. Deshalb sei Voraussetzung für alles andere, den Krieg zu deeskalieren und zu beenden. Schritte dazu seien der Verzicht auf den Einsatz von Drohnen; dann müssten Luftangriffe eingestellt und schließlich die Bodentruppen abgezogen und ein Waffenstillstand vereinbart werden.

Der einzige funktionierende Wirtschaftszweig sei die Drogenökonomie, stellte der Genfer Journalist weiter fest. Neun Zehntel der Opiumproduktion mit einem geschätzten Exportwert von 3,4 Milliarden Dollar komme inzwischen

aus Afghanistan. Alle, die daraus Profit ziehen, seien an der Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Strukturen mit fortwährender Destabilisierung interessiert. Das Drogenproblem könne aber nicht mit Krieg bekämpft werden, sondern sei eine politische Aufgabe. „Ich weiß, dass es ein Tabu-Thema ist. Der Heroinhandel muss aber legalisiert werden. Es wird nur so viel Geld damit gemacht, weil er verboten ist.“ Den Kleinbauern, die Opium anbauen, müsse eine Perspektive gegeben werden. „Wir können helfen, in dem wir mit Entwicklungshilfegeldern den Anbau anderer Produkte unterstützen“, so Zumach. Dann seien die Bauern nicht mehr von den Warlords und Milizen abhängig.

Äußerst problematisch sei ebenfalls, dass viel zu wenig Geld in die zivile Arbeit fließe. Die USA gäben beispielsweise nur ein Zehntel des Geldes, das sie für Militär investierten, für zivile Zwecke aus. Die USA würden die militärischen die zivilen Ausgaben um das Elffache, für Deutschland um rund das Siebenfache übersteigen.

Darüber hinaus sei die Grundannahme, in Kabul eine neue Zentralregierung einzusetzen, von der aus nach und nach das gesamte Land stabilisiert werden könne, von Anfang an zum Scheitern verurteilt gewesen. In Afghanistan habe es noch nie eine funktionierende Zentralregierung gegeben. Das Land sei immer nach Regionen organisiert gewesen. Deshalb seien für eine Lösung des Konfliktes Verhandlungen mit den regionalen Machthabern über eine Einstellung der Gewalt unerlässlich.

„Mit dem Krieg konnte nicht das Ziel erreicht werden, den Terror einzudämmen“, so Zumach, „sondern das Gegenteil ist eingetreten. Krieg ist ein verlässliches Instrument, um Hass zu schüren und den Terror anzuzünden.“ So sei es nicht verwunderlich, dass sich die Lage in Afghanistan in den letzten Jahren massiv verschlechtert habe und die Taliban stärker geworden seien.

Zumach berichtete, schon auf dem Gipfel der Nato Ende November 2006 in Riga habe der damalige Nato-Oberbefehlshaber US-General James Jones, inzwischen Sicherheitsberater von Präsident Obama, in einem strikt vertraulichen Hintergrundgespräch mit einigen Journalisten unterstrichen, dass die USA und ihre Nato-Verbündeten den Krieg in Afghanistan nicht gewinnen. „Er begrüßte uns mit den Worten: Meine Herren, die Nato wird diesen Krieg verlieren.“

Außer den offiziell genannten Gründen gebe es auch nicht genannte Gründe für den Afghanistankrieg, legte Zumach dar. Das terroristische Verhalten der US-Armee gegenüber

der Bevölkerung mache nur einen Sinn, wenn man annehme, dass die USA den Terrorismus provozieren müssten, um einen Grund zu haben, im Lande zu bleiben. Dafür gebe es mehrere geostrategische, machtpolitische Gründe: Öl- und Gaspipelines, die durch diese Region zum Meer geführt werden sollen, die Annäherungen zwischen China und Indien, Iran und China und Russland zu verhindern bzw. zu kontrollieren. Und Deutschland hätte dann das Interesse, in diesem Machtspiel dabei zu sein.

Zu sprechen kam Andreas Zumach ebenfalls auf die Rolle der Bundeswehr im eigenen Land. Seit Jahren sei eine große Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland gegen den Krieg in Afghanistan. Im Bundestag bröckle die Zustimmung. In der Bundeswehr wachse der Unmut. Deshalb würden Bundeswehr und Politik in den letzten Jahren massiv verstärkt Imagewerbung betreiben. Diese geschehe über Patenschaften mit Gemeinden und Städten, öffentlichen Gelöbnissen und Kooperationsabkommen, so dass die Bundeswehr verstärkt in die Schulen komme.

In Bezug auf Gammertingen unterstrich Zumach, es sei völlig klar, dass mit der eingegangenen Bundeswehrpatenschaft der Afghanistan-Krieg unterstützt werde. Auch wenn der Bürgermeister dies bestreite, sei objektiv gesehen daran nichts zu deuteln.

Abschließend ermunterte Zumach das Publikum, Politiker sollten bei jeder Gelegenheit aufgefordert werden, sich ihrer Verantwortung zu stellen.

Im Anschluss an seinen engagierten Vortrag ging Andreas Zumach noch auf zahlreiche Fragen aus dem Publikum ein. Unter anderem unterstrich er, dass eine Energiewende dringend notwendig sei, um Kriege um Öl und andere endliche Ressourcen zu vermeiden. ☘

Pressebericht vom 9.11.2010



„Die Deutschen müssen gegen Krieg sein dürfen“

Ich beanspruche keine Moral, die einer anderen Moral überlegen sein will.

Ich bin gegen Krieg, weil ich glaube,
die Deutschen müssen gegen Krieg sein dürfen,
ohne Angabe von Gründen,
ohne sich rechtfertigen zu müssen.

Wir haben etwas hinter uns,
was uns kriegsuntauglich machen darf.
Mögen andere Krieg führen,
wir nicht. Nicht mehr.

Martin Walser, Schriftsteller, in Cicero, 12/2009



Neu erschienen: Die Wahrheit leben. Jahresbegleiter 2011. Reich-Gottes-Impulse für jeden Tag

Die Jahresbegleiter von Claus Petersen sind eine fortlaufende Reihe, die unter dem Titel „Die Wahrheit leben“ erscheinen. Die Texte des Jahresbegleiters stammen aus der Bibel und aus Schriften anderer Religionen sowie von Einzelautoren aus verschiedenen Ländern, Kulturen und politischen Zusammenhängen. Basis sind die Jesusworte vom Anbruch des Reiches Gottes. Inhaltlich befassen sich die Texte mit den Reich-Gottes-Themen Gerechtigkeit, Frieden, Gewaltlosigkeit, Bewahrung der Erde und Fragen des Lebensstils. Der Jahresbegleiter eignet sich als persönliches Geschenk sowie als Fundgrube einprägsamer Zitate. ☘

Der Jahresbegleiter ist im Fenestra-Verlag Wiesbaden-Berlin erschienen (ISBN-13: 978-3-9813498-0-1). Idee und Zusammenstellung: Dr. Claus Petersen (Kontakt: Herschelstr. 31, 90443 Nürnberg. E-Mail: claus.petersen@stadtmission-nuernberg.de).

Ein Jahr Kampagne „Steuer gegen Armut“

Vom Bürgerwillen zur Regierungspolitik / Finanztransaktionssteuer jetzt in Europa einführen!

Seit einem Jahr setzt sich das *Kampagnenbündnis „Steuer gegen Armut“* für die Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer ein - mit großem Erfolg, wie die Kampagnenträger anlässlich des Jahrestages feststellten. *„Als wir begannen, war die Finanztransaktionssteuer immer noch ein Außenseitertema in den Parlamenten und politischen Gremien. Jetzt, ein Jahr später, fordern bis auf die FDP alle im Bundestag vertretenen Parteien ihre Einführung, und die Bundesregierung setzt sich in internationalen Gremien für sie ein“*, sagte Jörg Alt, Initiator und Moderator der Kampagne. *„An dieser Entwicklung hat unsere Kampagne einen wesentlichen Anteil.“*

Die Kampagne begann am 17. Oktober 2009 mit einem Offenen Brief an die neu gewählte Bundesregierung, unterstützt von 32 zivilgesellschaftlichen Organisationen. Inzwischen gehören dem Bündnis 65 Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, Parteien, Banken und wissenschaftliche Institutionen an. Mehr als 65.000 Bürgerinnen und Bürger unterstützten im Dezember 2009 eine Online-Petition des Bündnisses an den Bundestag. *„Unsere Kampagne zeigt, dass es möglich ist, Bürgerinnen und Bürger zu mobilisieren und selbst für komplizierte Themen zu interessieren. Einmischen lohnt sich“*, sagte Jörg Alt.

Internationale Gremien wie die G20, der Internationale Währungsfonds IWF und die EU-Kommission haben öffentlich festgestellt, dass der Finanzsektor einen Beitrag zu den Krisenkosten leisten muss. *„Jetzt gilt es, die Einführung der Finanztransaktionssteuer zunächst im europäischen Kontext durchzusetzen“*, betonte Jörg Alt. Das Kampagnenbündnis forderte die Bundesregierung auf, sich beim so genannten

ECOFIN, dem Treffen der EU-Finanzminister, kommenden Dienstag in Brüssel weiterhin und nachdrücklich für die Finanztransaktionssteuer einzusetzen.

Von den Abgeordneten des Bundestages erwartet das Bündnis einen so genannten Vorratsbeschluss, mit dem Deutschland sich - unabhängig davon, wer regiert - verpflichtet, die Finanztransaktionssteuer einzuführen, wenn andere Staaten mitziehen. Zudem müsse sichergestellt werden, dass die Einnahmen aus der Steuer für die weltweite Armutsbekämpfung und die Millenniumsziele verwendet werden.

Detlev von Larcher von Attac, einem der Träger von *„Steuer gegen Armut“*: *„Die Finanztransaktionssteuer ist und bleibt eine Win-win-Steuer: Sie beruhigt spekulationsbedingte Exzesse auf den Finanzmärkten, beseitigt Steuerungerechtigkeit durch die auch nach der Krise unangetastete Privilegierung des Finanzsektors - und sie generiert mehr Einnahmen als alle anderen derzeit diskutierten Konkurrenzmodelle.“* Die Höhe der Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer würde zwischen 15 und 20 Milliarden Euro für Deutschland, 90 Milliarden für Europa und mehr 100 Milliarden Euro weltweit betragen.

Lebenshaus Schwäbische Alb gehört dem Kampagnenbündnis *„Steuer gegen Armut“* fast seit dessen Beginn an. ☺

Weitere Informationen im Internet:
www.steuer-gegen-armut.org

„Der energetische Imperativ“ - 100 Prozent jetzt - von Hermann Scheer

Von Franz Alt



Hermann Scheer ist tot. Sein soeben erschienenes Buch *„Der energetische Imperativ“* wurde sein Vermächtnis. Vor wenigen Tagen erst habe ich es zusammen mit ihm in seinem Wahlkreis bei Stuttgart vorgestellt. Meine Rezension dieses Buches vom erfolgreichsten Solarpolitiker der Welt.

Vor wenigen Jahren noch war es in allen Industriegesellschaften Mehrheitsmeinung, dass die

erneuerbaren Energien niemals zu 100% die alten Energieträger ersetzen können. Heute aber ist unbestritten, dass der 100%-ige Umstieg nötig und möglich ist. Dies sagt auch die schwarz-gelbe Koalition in Berlin. Umstritten ist nicht mehr

ob, sondern nur noch wann der vollständige Wandel zu erneuerbaren Energien zu realisieren ist.

Zurzeit heißen die strittigen Hauptfragen in Deutschland: Atomkraft - wie lange noch? Neue Kohlekraftwerke und wie viele? Energieeffizienz so konsequent, dass bis 2050 Gebäude keine konventionelle Heizenergie mehr brauchen? 100% erneuerbar bis 2.100 (die Energieversorger) bis 2050 (die Bundesregierung) oder schon bis 2030 (Hermann Scheer)?

Hermann Scheer ist in seinem neuen Buch (*„Der energetische Imperativ - 100% jetzt: Wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energien zu realisieren ist“*) davon überzeugt, dass Deutschland und Europa bis 2030 zu 100 % erneuerbar werden können, wenn die politischen Weichen richtig gestellt werden. Das heißt, wenn sich die Politik nicht mehr länger von der alten Energiewirtschaft an der Nase herumführen lässt. *„Der Wechsel zu hundert Prozent erneuerbaren Energien*

bedeutet den umfassendsten wirtschaftlichen Strukturwandel seit Beginn des Industriezeitalters“, so Scheer. Ein Strukturwandel, der freilich Gewinner und Verlierer produzieren wird. Verlierer werden unweigerlich die Anbieter der konventionellen Energie sein. „In welchem Umfang das der Fall ist, hängt von ihrer Einsicht und Bereitschaft ab, sich an Haupt und Gliedern umzustrukturieren, sich mit drastisch sinkenden Marktanteilen abzufinden und neue Tätigkeitsfelder für sich zu finden, die keine energiewirtschaftlichen mehr sein werden.“

Die Gewinner werden Millionen Hausbesitzer, Handwerker, Bauern und der gesamte Mittelstand sein. Scheer: *„Die Gewinner des Wechsels werden die Weltzivilisation insgesamt und ihre Gesellschaften und Volkswirtschaften sein.“*

Es wird mit Sicherheit viele Gewinner und wenige Verlierer geben. Das Problem: Den künftigen Gewinnern sind die Chancen noch nicht bewusst, sonst würde der Wechsel weit schneller erfolgen als sich das die meisten heute vorstellen können. Die Macht des Bestehenden hat schon immer notwendige Strukturwechsel gebremst. Es gibt freilich auch einen „Point of no return“. Und dieser könnte zum Beispiel beim Solarstrom schon 2012 oder 2013 erreicht sein, wenn der Strom vom eigenen Dach billiger zu produzieren ist als der Strom, der aus der Steckdose vom alten Energieversorger kommt. Das ist heute schon in Südspanien oder auch in Kalifornien und Israel der Fall.

Der Autor zeigt an vielen Beispielen, dass und wie frühere Strukturwandel viel rascher organisiert wurden als die Vertreter und Verfechter alter Strukturen dies wünschten und sich vorstellten: Beim Bau der Eisenbahnen, bei der Automobilität oder bei der IT-Revolution seit 1985. Und warum soll es ausgerechnet bei der für jede Volkswirtschaft so wichtigen Energiefrage anders kommen? Ohne Energie keine funktionierende Volkswirtschaft. Die konventionellen Energieträger - wie zum Beispiel das Erdöl oder das Erdgas - gehen viel rascher zu Ende als die Experten dies noch vor kurzem behaupteten. Das aber zeigt: Strom, Wärme, Benzin und Heizöl werden immer teurer und verursachen immer mehr Folgekosten und Umweltschäden. Erneuerbare Energien werden jedoch immer preiswerter, verursachen keine oder nur geringe Umweltschäden und sind nahezu unendlich vorhanden.

Jahrzehntelang wurden die Erneuerbaren unterschätzt und die alten Energieträger überschätzt. - auch von den Vertretern der erneuerbaren Energien. Der Ausbau des Windstroms wuchs in Deutschland seit 1990 etwa dreimal so schnell wie es der Bundesverband Erneuerbare Energien prognostiziert hat. Dasselbe passiert seit drei Jahren mit Photovoltaik-Strom. Die Weltenergie-Agentur in Paris hat sich beim Ausbau der erneuerbaren Energien schlicht um den Faktor zehn verschätzt. Alles ging in den letzten Jahren viel schneller, weil genügend Akteure in Politik, Wirtschaft, aber auch Privatpersonen, sich darum kümmerten. Einer der Hauptkummerer weltweit in den letzten Jahren war Hermann Scheer, SPD-MdB, Präsident des *Weltrats für erneuerbare Energien*, Präsident von *Euro-solar* und Träger des alternativen Nobelpreises. Er war und ist der einflussreichste Protagonist für erneuerbare Energien in unserer Zeit. Die Bundesregierung will 2020 bei 35 % und die Verbände der erneuerbaren Energien bei 47 % sein.

Hermann Scheer aber ist überzeugt, dass der Anteil des erneuerbaren Stroms in Deutschland von heute 19 % bis 2020 auf 60% gesteigert werden kann. Voraussetzungen: 30% Energieeffizienz, Repowering der alten, kleinen Windkraftträder, Verdoppelung der kleinen Wasserkraft, Ausbau der Windkraft in allen Bundesländern wie in den letzten 10 Jahren in Sachsen-Anhalt. Um diese Prognose richtig einschätzen zu können: Selbst Greenpeace hatte noch 2006 geschätzt, dass bis 2050 lediglich die Hälfte des deutschen Energieverbrauchs ökologisch sein kann. Heute sagt auch Greenpeace 100 % bis 2050, aber Hermann Scheer prognostiziert 100% bis 2030.

Diese Vorhersage machte er schon 1993 in einer meiner damaligen Zeitsprungsendungen in der ARD, die wir sechsmal ausgestrahlt haben. Seither sind alle Prognosen Scheers in etwa eingetroffen - warum also nicht auch in der Zukunft? Warum sollten ausgerechnet jetzt die Bedenkenräger recht behalten, die sich in ihren pessimistischen Fehleinschätzungen stets grandios geirrt haben? Die Zeitschrift „Scientific America“ gab 2009 Hermann Scheer recht: Der gesamte Weltenergieverbrauch könne bis 2030 erneuerbar produziert werden. Und zwar durch diesen Energiemix: 3,8 Millionen Windräder mit je 5 Megawatt (MW) Leistung, 490.000 Gezeitenkraftwerke zu je 1MW, 5.350 geothermische Kraftwerke zu je 100 MW, 900 große Wasserkraftwerke zu je 1.300 MW (davon existieren bereits 70%), 720.000 Wellenkraftwerke zu je 0,75 MW sowie 1,7 Millionen Photovoltaik-Anlagen zu je 3 KW, 40.000 Photovoltaik-Kraftwerke zu je 300 MW und 49.000 solarthermische Kraftwerke zu je ebenfalls 300 MW.

Dieser „Plan for a sustainable Future“ geht davon aus, dass gegenüber heute durch Effizienz und Sparmaßnahmen 2030 etwa ein Drittel der heutigen Energieverbräuche eingespart werden kann. Die Energie werde künftig durch die erneuerbaren Quellen preisgünstiger als heute - so die Verfasser dieser Studie, Mark Jacobsen von der Stanford University und Mark Delucci von der University of California. Dieses Szenario klingt sehr ehrgeizig. Aber vor 100 Jahren hat sich auch kaum jemand vorstellen können, dass 2010 über 800 Millionen PKW auf dieser Erde herumfahren.

Die Umsetzung dieser realisierbaren Vision heißt: Die alten Energieversorger verlieren ihr Monopol, ihre Macht und ihre Gewinne, wenn sie sich nicht rasch umstellen. Und wer gibt für die Umsetzung solcher 100 %-Szenarien den alles entscheidenden Anstoß? Nicht ein „Konsens“ aller 200 Regierungen



der Welt - das zeigen die ergebnislosen Weltklima-Konferenzen seit 20 Jahren - sondern jenes Industrieland, das vorangeht und dabei Millionen neue Arbeitsplätze schafft und sich künftig damit auch Exportvorteile erkämpft. Dass dieses Land Deutschland mit seinem Vorsprung bei den erneuerbaren Energietechnologien sein kann, versteht sich bei Hermann Scheer von selbst. Er hat schließlich - zusammen mit Hans-Josef Fell von den Grünen - das erfolgreiche deutsche Erneuerbare-Energien-Gesetz vorbereitet und durchgesetzt, jenes Gesetz, das inzwischen in der Intention von 47 Ländern übernommen wurde.

Der große ökonomische Vorteil der künftigen ökologischen Energieversorgung ist, dass Sonne und Wind keine Rechnung schicken, sondern als Geschenk des Himmels von jedem genutzt werden können, der sich die dafür notwendige Technik installieren lässt. Und diese Techniken werden durch zunehmende Massenproduktion immer preiswerter. Notwendig ist freilich neues Denken und erst recht neues Handeln. Jeder Strukturwandel stößt auf Widerstand, der nur durch Konfliktfreudigkeit überwunden werden kann.

Erneuerbare Energien, so der Autor, brauchen also keine langen Brücken wie längere Laufzeiten der AKW oder neue Kohlekraftwerke nach dem CCS-Prinzip, wo CO₂ in der Erde gespeichert werden muss. Wir hätten durch CCS neben dem Atommüll nur noch weiteres Entsorgungsproblem, warnt Hermann Scheer.

Erneuerbare Energien brauchen freilich neue Speicherkapazitäten wie Druckluft- und Pumpspeicher, Wasserstoff, Biogas und Millionen Elektroautos, die - hauptsächlich nachts, wenn die Sonne nicht scheint - massenhaft vernetzt auch große Kraftwerke ersetzen können. Der Autor ist davon überzeugt, dass bis 2020 in Deutschland zwei Millionen Elektroautos fahren werden, die Bundesregierung geht von einer Million aus. Nur Technik-Pessimismus könne den heute schon möglichen Fortschritt verhindern. Man muss kein Naturwissenschaftler sein, um zu ahnen, dass in einer Zeit, in der wir auf den Mond fliegen können, auch das Speicherproblem der Erneuerbaren Energien gelöst werden kann und auch viele neue Leitungen für die künftige dezentrale Energieversorgung gelegt werden können.

Brauchen wir zur Lösung unserer Energieprobleme in Europa künftig solaren Wüstenstrom aus Nordafrika? Hermann Scheer ist skeptisch. Um DESERTEC zu realisieren, wären 80 bis 100 große Leitungen (Super-Grids) durch mehrere Länder nötig, was heute bei zunehmenden Bürgerprotesten gegen Großbaustellen gesellschaftspolitisch unrealistisch scheint. Wir brauchen diese großtechnischen Lösungen auch gar nicht. Scheer sucht die näher liegende Lösung: Dächer statt DESERTEC. Warum in die Ferne schweifen...

Erneuerbare Energien brauchen kleine, dezentrale Strukturen. Darin liegen ihre gesellschaftspolitischen Chancen. Die künftige von Millionen Trägern organisierte dezentrale, in den Regionen verankerte Energieversorgung, wird demokratisch sein. DESERTEC wird ein „Milliardengrab“ prophezeit der Autor. *„Dass sich die erneuerbaren Energien vollständig durchsetzen hat die Natur vorentschieden. Die Primärenergiewirtschaft, die ihre Existenz allein den fossilen Ressourcen und dem Uran verdankt, wird von der Bildfläche verschwinden - entweder früher als von ihr akzeptiert oder zu spät.“*

Dieser fundamentale Konflikt sei noch nicht entschieden.

Auch mit seinem neuen Buch zeigt sich Hermann Scheer als Pionier und zugleich als politischer Realist. Für den 100-prozentigen Umstieg sieht er freilich vier ordnungspolitische Grundsätze als unabdingbar

- den bleibenden Vorrang für erneuerbare Energien im Strommarkt
- den Vorrang für erneuerbare Energien in der Raumordnungspolitik und öffentlichen Bauleitplanung
- eine grundlegende Umwandlung der Energiesteuern zu einer Schadstoffbesteuerung und
- eine stringente Gestaltung der Energie-Infrastruktur als Gemeinschaftsgut.

Scheer argumentiert ordnungspolitisch im Rahmen einer ökosozialen Marktwirtschaft. Sein ordnungspolitisches Credo: ökosozial statt marktradikal. Er entlarvt die alten Energie-Oligopole als planwirtschaftliche Monster. Die aktuellen Demonstrationen gegen längere Laufzeiten von AKW in Deutschland geben ihm recht: Atomenergie ist einfach nicht mehr gesellschaftsfähig.

Der „energetische Imperativ“ ist ein enkelverträgliches Buch. Weil sein Autor auch an das Wohl künftiger Generationen denkt, trägt sein Buch zu Recht den Titel „energetisch“ und nicht „energetisch“. Die Energiefrage ist auch ein moralisches Problem. Die technischen Probleme sind lösbar und zum Teil schon gelöst. Es gibt keine Ausreden mehr. Die alles entscheidende Frage heißt nun: haben wir noch Verantwortung für künftige Generationen?

Dieses Buch ist gut lesbar und spannend - es ist die wichtigste „Agenda 21“. Ein Buch, das Hoffnung macht und die Bedenkenenträger widerlegt. Es läutet das Ende der Ausreden ein.

Hermann Scheer: Der energetische Imperativ. 100 Prozent jetzt: Wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energien zu realisieren ist. Verlag Antje Kunstmann, München 2010, 270 Seiten, 19,90 Euro 🐦

Quelle: Franz Alt 2010 - www.sonnenseite.com . Dieser Text wird hier mit freundlicher Genehmigung von Franz Alt veröffentlicht.

Beim Kampf in Stuttgart geht es um die Frage:

In was für einer Republik wollen wir leben

Rede von Konstantin Wecker bei Massendemo gegen Stuttgart 21 am 16. Oktober 2010



Liebe Freunde,

ich bin heute hier, weil ich mich mit Eurem zutiefst demokratischen, bewundernswert gewaltfreien Widerstand solidarisch erkläre und Euch vielleicht mit meinen Liedern etwas Mut machen kann.

Ich muss Euch keine Argumente mehr nennen, warum man endlich etwas tun muss gegen diese mafiöse Verfilzung aus Politik

und Wirtschaft, gegen die Mauscheleien mit Aufsichtsratsposten, gegen die Schmiergelder, die zur üblichen Geschäftspraxis mancher Firmen zu gehören scheinen - Ihr kennt die Argumente alle, sonst wärt Ihr nicht hier.

In den letzten Tagen bin ich von den Stuttgart 21-Befürwortern hauptsächlich mit dem Argument beschimpft worden, ich solle mich als Bayer nicht in die Belange der Stuttgarter einmischen. Und das wollte ich eigentlich auch anfangs nicht.

Aber spätestens seit dem brutalen Polizeieinsatz geht Stuttgart 21 alle an. Herr Mappus wollte Macht demonstrieren und ist ein Stück ohnmächtiger geworden dabei. In einer Demokratie ist für Polizeieinsätze dieser Art nun mal die Politik verantwortlich: Das heißt Herr Mappus soll gefälligst zurücktreten und sich bei den Opfern entschuldigen! Wir sind doch nicht im Iran!

Der Kampf hier in Stuttgart ist symbolhaft für viel mehr. Auch im Bund haben wir es mit großen Lobbys von großen Konzernen zu tun, die die Politik diktieren. Auch weltweit bestimmen große Konzerne und die Finanzmärkte die Geschehnisse der Politik. Es geht immer mehr nur um ihre Profite - und nicht um Menschen und Umwelt.

Und hier geht es um mehr als einen Bahnhof - hier geht es um die Frage: In was für einer Republik wollen wir leben!

Euer Erfolg wird die Demokratie in diesem Land beflügeln.

Den ganzen Sommer haben wir erlebt, wie Teile der Eliten in Diskussionen über Migration, Religion, Kultur die Bevölkerung spalten wollen, damit keine Solidarität entsteht.

Sie wollen das Land spalten - Ihr eint es in gutem Sinne.

Und es gibt noch einen Grund, warum ich als Münchner gekommen bin: Wir haben bereits ein ähnlich törichtes Projekt gekippt in München: Der Transrapid ist weg!

Also mit Hartnäckigkeit ist was zu erreichen - den Transrapid gibt es nur noch auf youtube - in Form einer kabarettreife Rede Edmund Stoibers.

Vielleicht kann man ja Herrn Mappus auch dazu bewegen uns zu erklären wie man in 10 Minuten vom Hauptbahnhof zum Flughafen kommen wird...

Und Herr Grube - kümmern Sie sich doch erst mal im Allgemeinen um eine viel zu teure, schlecht gewartete Deutsche Bahn, bevor Sie Stuttgart unterwandern. Wir wollen kein Baustöpple sondern einen sofortigen wirklichen Baustopp dieses gigantischen Immobilienprojekts. Und letztlich muss die Entscheidung in die Hand der Bevölkerung gelegt werden - durch einen Volksentscheid.

Dies ist nur möglich, wenn wir weiter in Bewegung bleiben, aufklären, Interessen aufdecken, uns einmischen - dann wird Demokratie lebendig! Eine neue politische Kultur wächst dann, wenn wir unsere Stimme nicht nur bei Wahlen abgeben, sondern sie vor allem dann erheben, wenn über unsre Köpfe hinweg regiert wird.

Vielleicht stellt sich hier die Frage, ob die sogenannten Volksvertreter noch das Volk vertreten. Oder sollen sie einem Vorschlag von Bert Brecht folgen: „Wenn der Regierung das Volk nicht mehr passt, soll es doch das Volk auflösen und ein neues wählen.“

Machen wir es aber bei der nächsten Wahl doch lieber andersherum.

Stuttgart 21 soll ein großes Zukunftsprojekt sein? Ein Projekt für die Zukunft des Kontostandes des Tunnelbohrers Herrenknecht und seiner Spezis ganz sicher.

Aber ich denke mal, wir brauchen eine andere Zukunft. Eine menschliche, solidarische, eine Zukunft nicht gegen die Natur, sondern im Einklang mit der Natur, eine Zukunft in der auch die Reichen einsehen, dass Schluss sein muss mit dieser unersättlichen Gier, eine weibliche Zukunft, eine Zukunft des Miteinander, eine Zukunft, in der einfache, hart arbeitende Menschen ordentlich bezahlt werden. Eine Zukunft, in der sich jeder Politiker schämen muss, in Stuttgart Milliarden rauszuschmeißen und Hartz IV - Empfängern das Elterngeld zu streichen. Eine inwendig warme Zukunft. ☺

Quelle: wecker.de - 16.10.2010.

Impressum

Rundbrief des Lebenshaus
Schwäbische Alb e.V.

Der Rundbrief erscheint
vierteljährlich. Nament-
lich gekennzeichnete
Beiträge entsprechen nicht
unbedingt der Meinung der
Redaktion.

Herausgeber

Lebenshaus Schwäbische
Alb e.V.
Bubenhofenstr. 3
72501 Gammertingen
Tel.: 07574 / 2862
Fax: 07574 / 91110
(nach tel. Vereinbarung)
www.lebenshaus-alb.de
info@lebenshaus-alb.de

Redaktion

V.i.S.d.P.:
Michael Schmid (ms),
Bubenhofenstr. 3,
72501 Gammertingen
Druck & Versand:
Knotenpunkt GmbH
Auflage: 750 Exemplare

Bankverbindung

GLS Gemeinschaftsbank eG
mit Ökobank
BLZ 430 609 67
Konto 802 333 4800

Laut Bescheid des
Finanzamtes Sigmaringen
ist der Verein Lebenshaus
Schwäbische Alb als
gemeinnützig anerkannt.
Für Mitgliedsbeiträge und
Spenden ab 25 € werden
steuerlich wirksame
Bescheinigungen zu Beginn
des folgenden Jahres
automatisch zugestellt, für
niedrigere Beiträge auf
Anforderung.

LAYOUT & GESTALTUNG

 achimrosenhagen

www.lebenshaus-alb.de

Lebenshaus Schwäbische Alb - Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden & Ökologie e.V.
Bubenhofenstr. 3 | 72501 Gammertingen
PVSt E 60681 - DPAG - Gebühr bezahlt

Frieden,

ein Wort, das wir alle kennen,

ein Zustand, den wir alle herbeisehnen,

eine Wirklichkeit, die wir uns alle wünschen.

An der Deutung dieses Begriffes scheiden sich allerdings die Geister.

Was ist denn Frieden?

Nur Waffenruhe und Abrüstung?

Nur Schutz und Sicherheit innerhalb der Staatsgrenzen?

Nur Wohlstand und Wohlbefinden im eigenen Land?

Nur internationale Abkommen zur Verteidigung besonderer Interessen?

Frieden meint viel mehr!

Frieden ist liebende Solidarität zwischen Menschen und Völkern.

Frieden ist geschwisterliches Teilen über alle Grenzen hinweg.

Frieden ist weltweite Garantie der Menschenwürde und -rechte.

Frieden ist unumstößliche Gleichberechtigung aller Menschen und Rassen.

Frieden ist gemeinsame Verantwortung für die Schöpfung, unsere Mit-Welt.

Frieden ist die schönste Frucht der Gerechtigkeit.

*Grußbotschaft von Erwin Kräutler, Bischof vom Xingu
zum Hiroshimatag 2010 (www.hiroshima.at)*